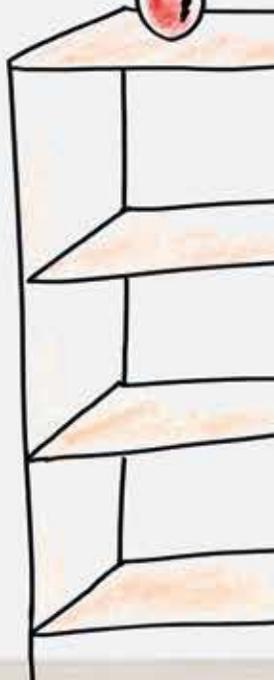
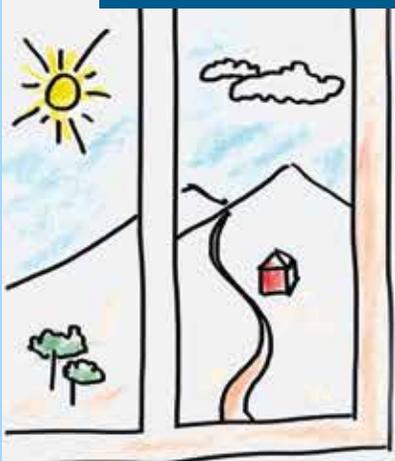
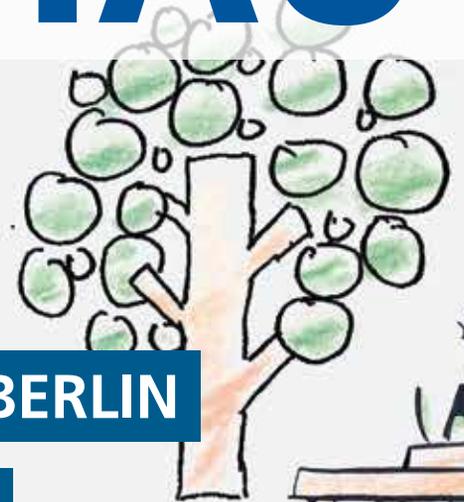


# BERLINER RUNDSCHAU

**BÜRGERFORUM-WOHNEN**

**EUROPÄISCHER GIPFEL BEI DER CDU BERLIN**

**NEUES SCHULJAHR, ALTE PROBLEME**



# Wussten Sie schon?

▶ Mit über 3,7 Millionen Einwohnern ist Berlin die mit Abstand bevölkerungsreichste Stadt Deutschlands.

▶ Das Durchschnittsalter der Einwohner Berlins liegt bei 42,8 Jahren.

▶ Im Jahr 2017 wurden über 41.000 Neu-Berliner gezählt.

▶ Die durchschnittliche Berliner Wohnung ist 73,3qm groß.

▶ In Berlin gibt es über 1,9 Millionen Wohnungen, von denen mehr als 1,6 Millionen vermietet sind.

▶ 85 Prozent der Berliner wohnen zur Miete.

▶ Im Jahr 2030 werden 260.000 Menschen zusätzlich in Berlin leben.

▶ Im Jahr 1939 hatte Berlin mit 4,32 Millionen Menschen die größte Einwohnerzahl.

▶ 24 Prozent ihres Brutto-Einkommens geben die Berliner durchschnittlich für die Miete aus.



## Wohnen ist die große soziale Frage unserer Zeit

Liebe Leserinnen und Leser,

der Berliner Wohnungsmarkt steckt in der größten Krise seit der Wiedervereinigung. Das Angebot an bezahlbaren Wohnungen ist knapp, und die Mieten steigen immer weiter. In der Online-Umfrage „Wohnen in Berlin“ der Berliner CDU zeigten sich fast 90 Prozent der Befragten besorgt über diese Situation, jeder Dritte befürchtet, sich seine Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Doch was tut der rot-rot-grüne Senat? Er reagiert behäbig und kraftlos, die Lage verschärft sich und das im Koalitionsvertrag postulierte „bezahlbare Wohnen für alle“ klingt in den Ohren der meisten Berlinerinnen und Berliner wie Hohn.

Tatsächlich ist Wohnen die große soziale Frage unserer Zeit. Eine Frage, auf die die CDU Berlin Antworten gibt. Wir haben

nicht nur Konzepte entwickelt, die den Wohnungsneubau vorantreiben, die Mieterinnen und Mieter besser schützen und den Erwerb von Wohneigentum erleichtern sollen, sondern suchen auch den Dialog. Beim „Bürgerforum Wohnen“ der Berliner CDU diskutierten über 100 Berlinerinnen und Berliner über ihre Sorgen, Erwartungen und Ideen. Ihre Anregungen fließen in den „Masterplan Wohnen“ ein, den wir auf unserem Landesparteitag am 13. Oktober verabschieden werden.

Einer weiteren wichtigen Herausforderung widmete sich unser „Berlin Salon“ – der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Als Ludwig Erhard sein Leitbild „Wohlstand für alle“ propagierte, war die Welt noch eine andere. Globalisierung und Digitalisierung haben die Arbeit seither entscheidend verändert. Wie las-

sen sich Wirtschaftswachstum und soziale Teilhabe unter diesen Umständen weiter miteinander verbinden? Darüber diskutierten Elke Hannack, DGB-Vorstandsmitglied, und Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, mit den Mitgliedern und Gästen der CDU Berlin.

Hochkarätig besetzt war auch unsere „Werkstatt Europa“, bei der die Botschafterin Frankreichs, der Botschafter Ungarns, der italienische Gesandte und ein Vertreter der griechischen Botschaft unter der Moderation unseres Generalsekretärs Stefan Evers mit mehr als 130 Gästen über gemeinsame Verteidigungspolitik, die Sicherung des Wirtschaftsstandorts, die europäische Freizügigkeit und die Herausforderungen der Migration sprachen.

Eine Partei, die zuhört, diskutiert und dann sagt, wofür sie steht – was ich mir bei meiner Wahl zur Landesvorsitzenden gewünscht hatte, ist Wirklichkeit geworden. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

*Flora*  
*Monika Grütters*  
Prof. Monika Grütters MdB  
Landeschefin

In dieser Ausgabe ...

... finden Sie auf den **Schwerpunktseiten 4 bis 7** wie die CDU Berlin im Gespräch mit den Berlinern die besten Wege für mehr bezahlbaren Wohn-



raum erarbeitet. Im Oktober wird dann auf dem Landesparteitag unser „Masterplan Wohnen“ beschlossen.



Im kommenden Jahr wird ein neues EU-Parlament gewählt werden. Die Berliner Union stimmt sich auch hierauf schon ein (Seiten 8-9). Einen Auf-, ja Weckruf von Burkard Dregger finden Sie auf der Seite 11.



Wenn Sie mit debattieren wollen oder einfach nur gute Veranstaltungen mögen, finden Sie hoffentlich etwas bei unseren Hinweisen auf Seite 16.

NEULICH IM NEWSLETTER

BLICKPUNKT BERLIN Newsletter der CDU Berlin



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des CDU-Generalsekretärs Stefan Evers. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter **Aktuelles** auf [www.cdu.berlin](http://www.cdu.berlin)

Informationstour mit Monika Grütters und Burkard Dregger

Unsere Landesvorsitzende [Monika Grütters](#) und unser Fraktionsvorsitzender [Burkard Dregger](#) haben sich heute den Fragen der Digitalwirtschaft und des demografischen Wandels gestellt und sich außerdem ein Bild über die angespannte Lage bei der Berliner Polizei und Feuerwehr verschafft. Gemeinsam mit dem CDU-Kreisvorsitzenden [Gottfried Ludewig](#) besuchten Sie auf einer ersten gemeinsamen „Informationstour“ das Online-Startup „Careship“ in Pankow und machten sich ein Bild von der Arbeit der Polizei und Feuerwehr in Reinickendorf.



69.744

69.744 Unterschriften haben besorgte Berliner Eltern gesammelt - für mehr und bessere [Kitas](#). Ein aufrüttelndes Signal an einen lethargischen Senat!

Zitat der Woche

„Schluss mit der Trickserei in Geisels Innenverwaltung!“

CDU-Fraktionschef [Burkard Dregger](#) hat dem Innensenator ein [Ultimatum zur Offenlegung der dubiosen Unterdrückung eines Disziplinarverfahrens gegen die rot-rot-grüne Wunsch-Generalstaatsanwältin Koppers](#) gesetzt.



## Bürgerforum-Wohnen diskutiert Vorschläge

Bauen und Wohnen in Berlin – aber wie? Das hat die CDU Berlin an historisch passender Stelle mit über 100 Berlinerinnen und



Berlinern zu ergründen versucht. In der Schinkel'schen Bauakademie, besser in der neben einer der markantesten Event-Location, die auf einem Baustellen der Republik, dem stabilen Gerüstskelett die historische Fassade der Akademie

mittels großer Plastikbahnen zeigt und einen aus Backstein gemauerten Konferenzraum beherbergt, wurde zunächst in Gruppen und anschließend im Plenum debattiert. Die Leitfragen richtete die CDU Berlin an die Politik selbst: „Was sollte die Politik tun, um auch in Zukunft bezahlbare Mieten in der gesamten Stadt zu ermöglichen?“ und „Was sollte die Politik tun, um Normalverdienern die Bildung von Wohneigentum in Berlin zu ermöglichen?“



Die Themen, Fragen und Forderungen waren vielfältig: „Steuer auf Leerstand“, Mehrgenerationen-Projekte, Verdichtung, „Bebauung Tempelhofer Feld“, „Mietspiegel von Neubau entkoppeln“, „Senkung der Grunderwerbssteuer“, „höher bauen“, „Förderung von Genossenschaften“ oder auch „Umnutzung von Industriebrachen“

Der CDU-Generalsekretär Stefan Evers, welcher den Abend moderierte, versicherte den Anwesenden, dass die Meinungsbilder und Erkenntnisse dieses Bürger-Forums in den „Masterplan Wohnen“ einfließen werden, den die CDU Berlin derzeit erarbeitet und welcher auf dem Themen-Landesparteitag im Oktober beschlossen werden soll.

## „Wir müssen mehr, günstiger und schneller bauen!“

Bezahlbares Wohnen und Bauen ist eine der zentralen Fragestellungen unserer Zeit. Bis in die Mitte der Gesellschaft geht die Angst vor Verdrängung um. Deshalb macht die Bundesregierung die Wohnungs- und Baupolitik zur Chefsache. Dafür lädt sie am



21. September Länder, Kommunen und Verbände zum großen Wohngipfel ins Kanzleramt.

Mit der Sicherung der sozialen Wohnraumförderung, der steuerlichen Förderung von bezahlbaren Mietwohnungen und dem Baukindergeld sind bereits wichtige Maßnahmen auf dem Weg. „Jetzt müssen wir ran an überflüssige Normen und Vorschriften, die das Bauen verteuern und verkomplizieren“, sagt Kai Wegner, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

und Teilnehmer des Wohngipfels. „Außerdem brauchen wir mehr Bauland, denn das ist oft der Flaschenhals, der zusätzlichen Wohnungsbau verhindert.“

Der Bund unternimmt alles in seiner Macht stehende, um mehr Wohnraum zu schaffen und so für bezahlbare Mieten zu sorgen. Mit Blick auf Berlin, wo Mieten und Baulandpreise besonders stark steigen, fordert Kai Wegner den Senat auf, endlich seine Blockadehaltung aufzugeben und den Neubau

zu beschleunigen. „Wir müssen auch und gerade in Berlin mehr, günstiger und schneller bauen!“

Notwendig seien verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren, Mieter und selbstnutzende Eigentümer. „Ein weiteres Versagen von Michael Müller und seiner Nicht-Bausenatorin können sich die Berlinerinnen und Berliner, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, nicht leisten“, so Kai Wegner abschließend.



## Sicher wohnen

Sicherheit beginnt an der Haustür. Ein Einbruch in die eigenen vier Wände ist ein Einbruch in den intimsten Schutzbereich eines Menschen. Deshalb sind wirksame Maßnahmen im Kampf gegen Einbrecher so wichtig.

Um Einbrecher stärker abzuschrecken, hat die CDU-geführte Bundesregierung härtere Strafen durchgesetzt: Die Mindeststrafe wurde auf ein Jahr Haft erhöht. Staatsanwaltschaften müssen künftig Anklage erheben. Das allein reicht jedoch nicht aus: Es muss auch dafür gesorgt werden, dass deutlich mehr Einbrüche aufgeklärt, Täter leichter gefasst und Serienstraftaten verhindert werden. Daher hat die CDU im Bund beschlossen, der Polizei zusätzliche Ermittlungsbefugnisse an die Hand zu geben: Nun kann sie zur Fahndung gespeicherte

Telekommunikations-Verkehrsdaten – wie etwa Nummer und Standort eines Handys – auswerten.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass künftig auch Telefongespräche von Einbrechern überwacht werden können. Außerdem wollen wir, dass softwaregestützte Werkzeuge – wie etwa das „predictive policing“, wodurch sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen, – öfter eingesetzt werden. So können besonders gefährdete Wohngebiete erkannt werden.

Darüber hinaus unterstützt die CDU Eigentümer und Mieter dabei, Türen und Fenster ihrer Wohnung besser zu sichern, damit Einbrecher gar nicht erst eindringen können. Dafür gibt es staatliche Zuschüsse, die die Bundesregierung bereits aufgestockt hat und weiter ausbauen will.

## Pankow knackt 400.000 Einwohner-Marke

Berlin ist attraktiv und zieht immer mehr Menschen an. Pankow hat jetzt als erster Bezirk die Marke von 400.000 Einwohnern übersprungen: Aktuell sind es rund 403.000. Prognosen gehen davon aus, dass das Wachstum anhält. In den nächsten zwölf Jahren werden hier fast 50.000 Menschen zusätzlich leben. Das ist ein großes Glück für Pankow – aber auch eine große Herausforderung. Wie in allen Bezirken

müssen für sie ausreichend Wohnungen und Infrastruktur wie Schulen, Kitas oder Sportanlagen geschaffen werden.

So werden bereits heute die Schulplätze in Pankow knapp, deutlich über 1.000 Grundschulplätze fehlen im Bezirk. Die Pankower Oberschüler müssen teilweise weite Schulwege bis in den Grunewald in Kauf nehmen. „Die Schulentwicklungsplanung des

Bezirks hinkt seit Jahren hinterher“, erklärt Johannes Kraft, Vorsitzender der CDU-Fraktion in der örtlichen Bezirksverordnetenversammlung.

„Wer wohnortnah ein Gymnasium sucht, hat ein Problem.“ Bis zum Schuljahr 2026/27 werden über 11.000 Schulplätze im Bezirk fehlen; allein 18 Grundschulen müssten hier neu gebaut werden.



Die CDU Pankow fordert deswegen in einem „10-Punkte-Plan“, die Schulsanierung und den Schulneubau im Bezirk deutlich

zu beschleunigen. So sollen unter anderem die Planungs- und Bauzeiten deutlich reduziert, einheitliche Baustandards geschaffen sowie Bau- und Planungsprozesse entbürokratisiert werden.



## Damit soll Wohnen bezahlbar bleiben

Die Berliner Rundschau sprach mit Dr. Jan-Marco Luczak, direktgewählter Bundestagsabgeordneter für Tempelhof-Schöneberg und Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Thema „Mieten in Berlin“.

*Die geltende Mietpreisbremse funktioniert nicht so, wie sie eigentlich soll. Ist die Mietpreisbremse gescheitert?*

Es war immer klar, die Mietpreisbremse ist kein Allheilmittel. Sie kann allenfalls kurzfristig etwas Dynamik aus dem Wohnungsmarkt nehmen. Die hohen Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, kann sie nicht erfüllen, denn sie bekämpft nicht die Ursachen steigender Mieten. Wenn sich 100 Menschen auf eine Wohnung bewerben, gehen 99 ohne Wohnung nach Hause. Ganz egal, wie scharf wir die Mietpreisbremse auch fassen. Das zeigt: Es gibt schlicht zu wenige Wohnungen. Wir können den Mietenanstieg daher nur in den Griff bekommen, wenn wir mehr, schneller und kostengünstiger bauen.

*Welche Dinge sind konkret geplant, um den Bau von bezahlbaren Wohnungen anzukurbeln?*

Wir werden den sozialen Wohnungsbau stärker fördern. Dafür stellt der Bund 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Auch beim Wohngeld werden wir etwas ändern, um Menschen zu helfen, für die die Wohnkosten eine hohe Belastung sind. Daneben brauchen wir mehr preisgünstiges Bauland und müssen bauordnungsrechtliche Vorschriften abschaffen, die das Bauen teuer machen. Und

wir brauchen eine gezielte steuerliche Förderung für den Mietwohnungsbau. Vieles liegt auch in der Zuständigkeit der Länder. Berlin könnte beispielsweise die Grunderwerbsteuer und Grundsteuer senken. Beides würde auch die Mieter entlasten. Leider lässt der rot-rot-grüne Senat hier die Berliner Mieter im Stich.

*Viele Menschen treibt die Sorge um, dass die Mieten in Berlin bald unbezahlbar werden. Was muss geschehen?*

Die steigenden Mieten sind für viele Menschen in Städten und Ballungszentren zu einem Problem geworden. Das nehmen wir sehr ernst. Die Union will nicht, dass Menschen aus ihren



angestammten Kiezen verdrängt werden. Deswegen haben wir gerade erst ein umfangreiches Mieterschutzpaket auf den Weg gebracht. Mein Ziel ist, dass das Gesetz zum 1. Januar 2019 in Kraft treten kann. Viele Menschen in unserem Land warten darauf. Mit dem Mieterschutzgesetz wird unter anderem die Mietpreisbremse verschärft. Mit umfangreichen Auskunftspflichten für Vermieter schaffen wir mehr Transpa-

renz. Das ist gut für die Mieter. Es ermöglicht ihnen, ihre Rechte besser wahrzunehmen. Die Modernisierungumlage wird zudem von elf auf acht Prozent abgesenkt und zusätzlich eine Kappungsgrenze eingeführt, die die maximale Mieterhöhung auf drei Euro pro Quadratmeter begrenzt. Denn wir wollen, dass eine Wohnung auch nach einer Modernisierung noch bezahlbar bleibt. Gleichzeitig schaffen wir damit einen Rahmen, der energetische Maßnahmen und einen altersgerechten Umbau wirtschaftlich tragbar bleiben lässt. Auf Vorschlag der Union gehen wir zudem gezielt gegen schwarze Schafe unter den Vermietern vor. Wir dulden nicht, dass Menschen aus ihren Wohnungen gezielt herausmodernisiert werden. Das wird zukünftig ordnungswidrig sein.

*Sind Hausbesetzungen ein Mittel, um Probleme des Berliner Wohnungsmarkts zu lösen?*

Hausbesetzungen sind weder legal noch legitim. Sie sind eine Straftat. Hier muss der Rechtsstaat entschlossen durchgreifen und räumen. Dass die Nicht-Bausenatorin Lompscher diese als legitimen Protest ansieht, ist eine Bankrotterklärung des Berliner Senats.

*Was wären Ihre drei Wünsche für die Berliner Wohnungspolitik?*

Erstens muss der rot-rot-grüne Senat endlich dafür sorgen, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Berlin nicht nur verwaltet wird. Stattdessen muss der Neubau von Wohnungen zur Chefsache erklärt werden. Zweitens muss Berlin mehr preisgünstiges Bauland ausweisen. Hier sind auch die Bezirke in der Pflicht. Drittens müssen Baugenehmigungsverfahren deutlich schneller gehen, dafür braucht es mehr qualifiziertes Personal.

(Das ausführliche Interview finden Sie auf Facebook „CDU Berlin“ unter Videos oder im Youtube-Kanal der CDU Berlin)

## Junge Union protestiert gegen Wohnungsbaustillstand

Alles, was dem Regierenden Bürgermeister dazu einfiel, als er aus dem Auto stieg und die protestierenden Juler sah, war: „Flitzpiepen“. Das berichtete jedenfalls der Tagespiegel, der wie die gesamte Berliner Medienlandschaft gekommen war. Der Anlass? Michael Müller und seine Nicht-Bausenatorin Katrin Lompscher wollten Ende August die Fortschritte der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vorstellen und dabei nicht



schwanden so schnell, wie sie gekommen waren.

Wie gut es um die Harmonie der beiden tatsächlich steht, zeigte sich schon wenige Tage später: Katrin Lompschers Geistesblitz, zur Beschleunigung des Wohnungsbaus in



zuletzt harmonische Bilder von sich liefern.

Die JU Berlin hatte jedoch am Startpunkt von Müllers Neubau-Tour in Pankow eine Protest-Aktion angemeldet und bot ihm und Katrin Lompscher lautstark Paroli - mit Trillerpfeifen, Plakaten und Megafon. Weder Müller noch Lompscher ließen sich auf ein Gespräch ein, was der Senat für den Wohnungsbau für junge Menschen tut, welche Pläne er für den Bau dringend nötiger, zusätzlicher Studentenwohnungen hat oder für die Förderung von Wohneigentumsbildung. Müller und Lompscher ver-

Berlin künftig einfach mehr Bäume zu fällen und auf Friedhöfen zu bauen, stieß in der



## WOHNEN IN BERLIN

### Umfrage zur Berliner Wohnungspolitik



Die Zukunft des Wohnens ist in Berlin die große soziale Frage unserer Zeit. Die Anziehungskraft unserer Stadt hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Immer mehr Menschen kommen nach Berlin, um hier zu leben und

Senatsitzung auf den vorprogrammierten Widerstand der Grünen-Wirtschaftssenatorin Pop und ist bis heute nicht ausgestanden. Der anschließenden Pressekonferenz blieb der Regierende Bürgermeister entnervt fern. Es bleibt in Berlin also alles beim Alten: Unter Rot-Rot-Grün geht beim Wohnungsbau nichts. Höchste Zeit für die CDU, die Regierung zu übernehmen.



zu arbeiten. Damit es trotzdem auch in Zukunft ausreichend preiswerten Wohnraum gibt, müssen neue Konzepte erarbeitet und vor allem neue Wohnungen geschaffen werden.

In einer Umfrage der CDU Berlin konnten die Mitglieder in

den vergangenen Wochen ihre Wünsche, Hoffnungen und auch Ideen für die Berliner Wohnungspolitik äußern, über 800 von ihnen haben sich beteiligt.

Die Ergebnisse der Mitgliederumfrage fließen nun in die Erarbeitung des „Masterplans



Wohnen“, der auf dem Landesparteitag am 13. Oktober 2018 verabschiedet wird. Eine Auswahl der Umfrageergebnisse sehen Sie im Bild.



## Europäischer Gipfel bei der CDU Berlin

Rund 150 Gäste kamen Anfang September ins Europäische Haus am Brandenburger Tor, dem Sitz Nikolaus Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission



der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Unser Landesverband hatte geladen und eine hochkarätig besetzte Veranstaltung im Rahmen unserer Reihe „Werkstatt Europa“ organisiert.

„Europa: Zukunftsort und Zufluchtsort“ lautete das Thema des Abends, über das wir mit den Botschaftern Frankreichs und Ungarns, Anne-Marie Descôtes und Dr. Péter Györkös diskutierten sowie mit den Vertretern der Botschaften Italiens



Anne-Marie Descôtes, Botschafterin von Frankreich

und Griechenlands, Alessandro Gaudiano und Fotis Filentas. Nikolaus Kühnel, der Vertreter der EU-Kommission in Deutschland,



Fotis Filentas, Vertreter der griechischen Botschaft

eröffnete den Abend mit einem Impuls-Vortrag. Ob in der Sicherheits-, der Wirtschafts- oder der Migrationspolitik, bei jedem



Europäische Haus am Brandenburger Tor

einzelnen Thema geht es um die Kernfragen der Souveränität, So-



Dr. Péter Györkös, ungarischer Botschafter

lidarität und Subsidiarität. Trotz aller nicht von der Hand zu weisender Schwierigkeiten – man denke neben der Migration nur an den bevorstehenden Brexit und die damit verbundene Grenzfrage Irlands – brachte es die Französische Botschafterin am Ende auf den Punkt: Europa ist die schönste



Alessandro Gaudiano, Gesandter der Italienischen Botschaft

und wichtigste „Utopie“ des 20. Jahrhunderts und bleibt es auch im 21. Jahrhundert. Dafür gilt es gegen alle Widerstände zu kämpfen.

Das Publikum konnte sich während der Debatte per Live-Abstimmung an der Diskussion beteiligen. Bei der Schlussfrage, mit welchem Thema sich die EU beschäftigen muss, gab es große Übereinstimmung: Den Zusammenhalt Europas zu bewahren ist jede Mühe wert!

### CDU-Mitglieder sagen „JA“ zu Europa

- Die Mehrheit (32%) wünscht sich in Zukunft „viel mehr gemeinsames Handeln“ der Europäischen Union.
- Zwei Drittel meinen, dass die EU-Mitgliedschaft für Deutschland mehr Vor- als Nachteile hat. 22% glauben, dass „Vor- und Nachteile sich die Waage halten“.
- Mehr als jeder Vierte wünscht sich, dass die EU sich besonders um den Bereich der „Zuwanderung“ kümmert.
- 69% befürworten den Beitritt weiterer Länder zur EU, 31% sind dagegen.
- 62% meinen, dass das aktuell drängendste zu lösende Problem für die EU die „fehlende Kompetenz zur Sicherung der Außengrenzen“ ist. Für 44% ist dies die „Armutsmigration innerhalb der EU“ und für 39% die „Schuldenkrise einzelner Mitgliedstaaten“.
- 88% sind „sehr stark“ oder „stark“ (49%) an Europa interessiert.
- 89% sehen in der „Wahrung des Friedens zwischen den Mitgliedstaaten“ die größte Errungenschaft der EU.

## Wie funktioniert die EU?

### Europäischer Rat

**Wer?** Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten, sowie beratend der Kommissionspräsident.

**Was?** Handelt gemeinsame Leitlinien und Ziele aus, kann aber keine Gesetze erlassen.

**Wo?** Tagt in der Regel in Brüssel.

### Rat der Europäischen Union („Ministerrat“)

**Wer?** Zu den Treffen schickt jedes EU-Land den Fachminister, der in seinem Land für das Thema zuständig ist. Geht es etwa um Umwelt, sind dies die Umweltminister.

**Was?** Beschließt EU-Gesetze gemeinsam mit dem Europäischen Parlament. Vertritt die Europäische Union gemeinsam mit der Europäischen Kommission nach außen. Erarbeitet gemeinsame Standpunkte und Aktionen im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

**Wo?** Tagt in Brüssel.

### Europäische Kommission

**Wer?** 28 Kommissare, aus jedem EU-Land einer. Sie entsprechen in etwa unseren Ministern. Die politische Führung der Europäischen Kommission obliegt dem Kommissionspräsidenten.

**Was?** Schlägt neue Gesetze vor und wacht darüber, dass diese eingehalten werden. Bei internationalen Verhandlungen vertritt die Kommission zusammen mit dem Ministerrat die EU.

**Wo?** Brüssel.

### Europäisches Parlament

**Wer?** Setzt sich aus aktuell 751 Abgeordneten zusammen, die in den 28 Mitgliedstaaten von den EU-Bürgern alle fünf Jahre gewählt werden.



**Was?** Entscheidet mit dem Ministerrat über Gesetze, kann jedoch selbst keine neuen Gesetze initiieren. Entscheidet mit dem Ministerrat über den Haushalt der EU. Kontrolliert die Tätigkeiten von Ministerrat und Kommission.

**Wo?** Sitz ist Straßburg, tagt auch in Brüssel.

## Macht Europa müde Menschen munter?

Stefan L. ist einer von ihnen. Und nicht jedes Mal hilft ein starker Kaffee. Wie viele andere auch hat er Schwierigkeiten sich zweimal im Jahr an die Zeitumstellung zu gewöhnen. Viele Menschen beklagen, nach der Zeitumstellung regelmäßig an Schlafstörungen, Konzentrationsschwierigkeiten oder Gereiztheit gelitten zu haben. Müssen die Uhren in Europa aber bald nicht mehr vor- und zurückgestellt werden?

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, kündigte nun an, die



Zeitumstellung zwischen Winter- und Sommerzeit in der Europäischen Union abzuschaffen. „Die Menschen wollen das, wir machen das“, so Juncker.

# CDU-Erfolg: Clan-Vermögen kann endlich eingezogen werden

Tina K. - ein aktueller Zwischenruf

Berlin wird weltweit geschätzt als eine kosmopolitische, geschichtsträchtige und moderne Metropole, die man gesehen haben sollte und die ein fast schon legendäres Nachtleben hat. Für uns Berliner ist diese Stadt unsere Heimat, auf die wir stolz sind und sie ist natürlich auch ein **wunderschöner und facettenreicher Ort zum Leben**. Leider wird dieses Lebensgefühl in den letzten Jahren immer stärker **begleitet von einem latenten Gefühl der Gefahr**. Dieses Gefühl ist nicht an jedem Ort der Stadt gleich stark und auch nicht zu jeder Uhrzeit, aber man trägt es doch immer irgendwie mit sich herum. Meistens denkt man nicht

daran und geht seinem täglichen Leben nach, aber wenn man dann wieder liest und hört von den Gewalttaten, Vergewaltigungen und sonstigen Exzessen, die unsere Stadt in trauriger Regelmäßigkeit erleben muss, macht sich dieses Gefühl umso stärker bemerkbar. **Für mich als Mutter eines Sohnes, der in dieser Stadt aufwachsen wird und als Schwester eines jungen Mannes, der dieser Gefahr zum Opfer gefallen ist, ist dieser Zustand nicht akzeptabel.** Ich arbeite proaktiv für Zivilcourage, gegen Gewalt und für die Opfer von Gewalttaten, damit das Leben in Berlin wieder für alle Menschen friedlicher wird und man sich auch dementsprechend fühlen kann. Einige meiner Mitbürger haben sich leider mit diesem Gefühl arrangiert, andere schießen politisch nach Rechtsaußen, in der fälschlichen Hoffnung auf eine harte Hand „die das regelt“ egal was uns das in der

*Fortsetzung auf Seite 12*

Es steht gegenwärtig in jeder Zeitung: Kriminelle Clans müssen ihr durch Straftaten erlangtes Vermögen herausgeben. Allein die berühmte Familie R. hat 77 Immobilien in Berlin. Ebenfalls beschlagnahmt wurden bei ande-



Berliner Polizei bei einer Razzia

ren Clans Fahrzeuge und bislang über 20 Mio. Euro arretiertes Barvermögen. Möglich wurde das durch eine Gesetzesänderung, die die CDU Berlin schon Ende 2012 beantragt hatte. Der Vorschlag

wurde Teil des Wahlprogramms 2013 und dann gegen anhalten den Widerstand der SPD Teil des Koalitionsvertrages 2013.

Es bedurfte dann vieler Ermahnungen durch den damaligen Justizsenator und heutigen Bundestagsabgeordneten Thomas Heilmann, bis der Vorschlag letztes Jahr zum 1. Juli endlich in Kraft trat. Heilmann hatte 2012 das Konzept dazu erarbeitet und auf mehreren Justizministerkonferenzen verteidigt.

Kernpunkt ist, dass die Einziehung von kriminellen Vermögen nicht mehr im Strafverfahren unter großem Zeitdruck gemacht werden muss. Vielmehr können



die Staatsanwaltschaften in Ruhe auch im Ausland nach verschleiertem Vermögen suchen und in einem getrennten Verfahren den Arrest und später die dauerhafte Einziehung bei Gericht beantragen. Bei verdächtigem Vermögen – der Täter bezieht Hartz IV, hat aber Häuser, Autos und Bargeld – muss dann der Täter belegen, woher er das Geld hat. Kann er das nicht, ist der Weg frei für eine Einziehung. Das ist keine volle Beweislastumkehr, wie Heilmann sie sich gewünscht hatte, aber ein großer Fortschritt. Die beträchtlichen Erfolge der Staatsanwaltschaft Berlin zeigen es.

## So geht's nicht! Baustadtrat Bewig fordert: „Bauplanung gehört vor Ort.“

Wir alle kennen den Ausspruch, dass die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. Was das Bauen in Berlin angeht, wird dieses Sprichwort zum Aufschrei. Man fragt sich, wie - besser ob - die städtischen Wohnungsgesellschaften und Berlins Regierung, namentlich die Senatsbauverwaltung unter Katrin Lompscher (Die Linke), zusammenarbeiten. Wenn es nach dem presseöffentlichen Brandbrief der landeseigenen Wohnungsgesellschaften vor fast genau einem Jahr geht, ist die Zusammenarbeit mindestens schwierig. Und

inmitten des Streits stehen Berlins Bezirke, die doch am besten wissen, wo und wie in der Nachbarschaft gebaut werden sollte. Ich setze mich dafür ein, dass das Planungsrecht vor Ort bei den Bezirken verbleibt. Gerade die Außenbezirke wie mein Bezirk Spandau können nicht alle Probleme Berlins lösen. Die ohnehin schon sozial schwachen Quartiere brauchen nicht noch mehr Sozialwohnungen, sondern eine lebendige und ausgleichende Mischung, zu der auch Gewerbe und ein gesunder Mittelstand gehören. In solcher Art durchmischte



Quartiere sind stabile Quartiere. Solche Quartiere wollen wir erhalten und schaffen, niemand soll Angst haben unter die „Gentrifizierungs-Walze“ zu geraten. Diesen Ausgleich zwischen erhalten, verbessern und neubauen von lebenswerten Quartieren muss, ja kann nur in den Bezirken erfolgen. Die Entscheidungen müssen unmittelbar vor Ort getroffen werden und das Ziel muss sein, Bauen zu ermöglichen und nicht zu verhindern!

# „Den Menschen wieder Halt und Orientierung geben“

Ein Aufruf von Burkard Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus

Angesichts der Ausschreitungen in Chemnitz verspüre ich mit Unbehagen die wachsende Radikalisierung an den politischen Rändern. Rechts- und Linksradikale nutzen jeden Anlass, aufzumarschieren, sich zu beschimpfen, sich zu bekämpfen. Da werden Unbeteiligte attackiert, Hitlergrüße ohne Scham offen gezeigt. Da brennen Autos, Häuser werden besetzt und Polizisten mit Steinen beworfen. Extremismus hat in Deutschland Konjunktur.

Ich kann diejenigen verstehen, die deshalb besorgt und verunsichert sind. Es kommt jetzt mehr denn je auf die Politik an, den Menschen wieder Halt und Orientierung zu geben, ihr Vertrauen in unsere Demokratie und staatlichen Institutionen zu stärken. Das kann keine andere Partei besser als die Union. Wir sind die Kraft der Mitte. Wir stehen für

bürgerliche Werte und zu unserem Rechtsstaat. Wir treten konsequent für Recht und Ordnung, Freiheit und unser demokratisches Gemeinwesen ein. Das eint uns als Partei, das ist unsere Stärke und schafft genau die Verlässlichkeit, die so viele in diesen unruhigen Zeiten vermissen.

Deshalb müssen wir aufhören, uns in selbstzerstörerischer Weise auseinander zu dividieren. Stattdessen sollten wir uns leidenschaftlich dafür einsetzen, um jene für unsere Ideen zurückzugewinnen, die sich unverstanden fühlen. Nicht auf der Ebene von Stammtischparolen und Vereinfachungen. Das ist nicht unsere Sache. Wir müssen vielmehr unsere moralische Stärke und Überzeugungen setzen gegen Lügen und Hass. Das gelingt nur mit Zuhören, Vernunft und Empathie.

In Berlin macht die rot-rot-grüne Regierung leider das glatte Gegenteil. Ich bin mir sicher: Die große Mehrheit der Berliner will

auch weiterhin Menschen helfen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, die wirklich schutzbedürftig sind. Niemand aber kann verstehen, wa-



rum die rot-rot-grüne Koalition sich vertraglich geschworen hat, auf Abschiebungen fast gänzlich zu verzichten.

Die Zahl der Abschiebungen von Ausreisepflichtigen ist im Vergleich zur Amtszeit des CDU-Innensensors Frank Henkel von 2.028 Abschiebungen im Jahre 2016 auf 1.638 im Jahre 2017 gesunken, trotz höherer Fallzahlen. Auch die Zahl derjenigen, die ihrer Ausreisepflicht auf-

grund der sonst drohenden Abschiebung nachgekommen sind, ist vom hohen Stand von ca. 9.600 im Jahre 2016 um über 60% gesunken.

Die Abschiebe-Verweigerung des Senats ist nicht nur eine Einladung an kriminelle Zuwanderer, die unser Gastrecht missbrauchen. Sie ist Gift für unseren Rechtsstaat. Wenn der Rechtsstaat seine eigenen Regeln nicht durchsetzt, verliert er das Vertrauen seiner Bürger. Der Müller-Senat verschafft damit extremistischen Kräften Zulauf und spaltet die Stadt. Sobald wir in Regierungsverantwortung sind, werden wir das ändern!

- Burkard Dregger (54) ist Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.
- Seit 2011 vertritt er als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Reinickendorf-Ost im Berliner Landesparlament.
- Der Rechtsanwalt ist katholisch, verheiratet und Vater dreier Kinder.

## CDU kämpft für Freiheits- und Einheitsdenkmal

„Fast 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ist es mehr als an der Zeit, die mutigen Menschen zu ehren, die im Osten auf die Straße gingen, den Widerstand gegen das SED-Regime wagten und durch ihr Handeln den Mauerfall und die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht haben.“ Das war das Motto unter dem Klaus-Dieter Gröhler als Berliner Vertreter im Haushaltsausschuss des Bundestages und Kai Wegner, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Pressetermin geladen haben. Die Forderung wird u.a. unterstützt von: Dr. Lothar de Maizière, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Wolfgang Thierse und Günter Nooke. 2007 hatte der Bundestag den Bau des Denkmals auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Spree beschlossen. Mehrfach verzögerte sich der Baubeginn durch technische Probleme und politische Debatten. Aktuell blockiert die SPD im Haushaltsausschuss die Freigabe der Mittel. Doch die Unionsfraktion macht Druck, damit das Denkmal nun endlich gebaut und zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit fertiggestellt wird.



## Die Familie ist Kern der Gesellschaft

Die CDU ist die Familienpartei. Frank Steffel, CDU-Kreisvorsitzender und direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Reinickendorf, ist die Unter-

übergreifend helfen, nach allen Kräften unterstützt werden.“ Frank Steffel begrüßt daher ausdrücklich, dass sich die Ausgaben des Familienministeriums in der Regierungszeit von CDU/CSU mehr als verdoppelt haben und in diesem Jahr erstmals mehr als 10 Mrd. Euro betragen. So sind bis 2021 zusätzlich 1,4 Mrd. Euro zur Bekämpfung von Kinderarmut veranschlagt. Außerdem wird das Kindergeld zum 1.

Steffel: „Ich habe in der Vergangenheit besonders auch dafür gekämpft, dass diejenigen Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, endlich einen höheren Rentenanspruch erhalten: künftig werden 2,5 Jahre angerechnet. Das bedeutet 150 Prozent mehr.“ Und auch die alleinerziehenden Mütter und Väter erhalten Unterstützung: Grundschulkindern haben künftig einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende steigt um 600 Euro. Der Unterhaltsvorschuss wird bis zum 18. Geburtstag gezahlt, Höchstbezugsdauer 72 Monate.



Juli 2019 um zehn Euro, zum 1. Januar 2021 um weitere 15 Euro pro Kind und Monaterhöht. Auch der Kinderfreibetrag steigt. Hinzu kommen das Elterngeld Plus und der Partnerschaftsbonus.

Steffel: „Ich habe in der Vergangenheit besonders auch dafür gekämpft, dass diejenigen Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, endlich einen höheren Rentenanspruch erhalten: künftig werden 2,5 Jahre angerechnet. Das bedeutet 150 Prozent mehr.“ Und auch die alleinerziehenden Mütter und Väter erhalten Unterstützung: Grundschulkindern haben künftig einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende steigt um 600 Euro. Der Unterhaltsvorschuss wird bis zum 18. Geburtstag gezahlt, Höchstbezugsdauer 72 Monate.



stützung von Familien ein hohes Anliegen. „Die Familie ist Kern der Gesellschaft. Die Politik muss Sorge tragen, dass die Menschen, die füreinander einstehen und sich generationen-

Fortsetzung von Seite 10

Zukunft kosten mag. Ich denke, beide Gruppen liegen falsch. Die Verantwortung für eine friedliche und gewaltfreie Gesellschaft liegt auf der einen Seite bei der Zivilgesellschaft. **Wir müssen Courage zeigen gegen Gewalt** und unsere Standpunkte eindeutig kommunizieren. Auf der anderen Seite liegt sie bei dem Staat, der in besonderer Verantwortung steht, die körperliche Unversehrtheit seiner Bürger zu gewährleisten.

**Der Staat muss seine Hausaufgaben machen** und er hat mittlerweile einiges nachzuholen. Die Strafen für Gewalttäter sind zu niedrig, wir brauchen mehr Personal bei der Polizei und wir brauchen mehr Personal bei den Gerichten, um nur einige Baustellen zu nennen, die langfristig beseitigt werden müssten. **Auch durch Videoaufklärung an den kriminellen Hotspots der Stadt könnte etwas getan werden.** Ein Volks-

begehren mit über 25.000 Unterschriften hierfür wurde bereits realisiert und bei der Innenverwaltung eingereicht. Aber wie so oft in der Politik arbeiten die politischen Konkurrenten gegeneinander und dieses Projekt wurde vorerst verzögert. Es gibt natürlich gute Gründe, die gegen eine Videoüberwachung sprechen, aber wir sprechen hier nicht über eine flächendeckende Überwachung à la Orwell, sondern über den maßvollen Einsatz von Technik durch einen verantwortungsbewussten Rechtsstaat, um die tatsächlichen Probleme seiner Bürger zu bekämpfen. **Ich hoffe sehr, dass die in dieser Angelegenheit beteiligten politischen Akteure in der Lage sind, sich über ihre parteipolitische und ideologische Schnappatmung hinwegzusetzen** und das Richtige für die Menschen zu tun. Falls nicht, liegt es an uns Bürgern, bei der nächsten Wahl unsere Standpunkte eindeutig zu kommunizieren.

## Wohlstand für Alle? Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

1957, die Bundesrepublik war gerade acht Jahre alt, veröffentlichte der damalige Wirtschaftsminister und spätere CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard sein berühmtes Werk „Wohlstand für Alle“.

„Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der



Wettbewerb“, heißt es auf den ersten Seiten. „Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zu gute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar

aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen.“

Erhards Werk hat bis heute Geltung. Die Soziale Marktwirtschaft ist seit 70 Jahren Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland und steht als Vorbild in der ganzen Welt.

Arbeit und Produktion haben sich in den vergangenen 20 Jahren jedoch maßgeblich verändert. Grund ist die Digitalisierung. So muss heute über die Soziale Marktwirtschaft neu nachgedacht werden. Wie müssen unser Sozial- und Wirtschaftssystem angepasst werden, damit Wohlstand nach wie vor „allen“ zugutekommt?

Es ist das zentrale Thema des Bundesparteitags der CDU Deutschlands im Dezember.

Die CDU Berlin lud dazu ihre Mitglieder im September im Rahmen ihres „Berlin Sa-

lons“ zu einem hochkarätig besetzten Podiumsgespräch ein: Elke Hannack, Mitglied des DGB-Bundesvorstands und Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände diskutierten über Kernfragen der neuen Arbeitswelt wie die Anpassung der Rente, das Arbeiten von zu



Hause und die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Michael Müllers Idee eines solidarischen Grundeinkommens lehnten beide als reine „Stilllegungsprämie“ ab.



## Neues Schuljahr, alte Probleme

Seit 22 Jahren verantwortet die SPD das Bildungsressort in Berlin. Obwohl die Zahl der Schüler seit Jahren kontinuierlich steigt,



hat sie es verschlafen, genügend Lehrer auszubilden und Schulgebäude zu sanieren. So wurden für das neue Schuljahr zwar 2.700 neue Lehrkräfte eingestellt; nur

ein Drittel davon sind aber richtige, dafür ausgebildete Lehrer. Die anderen sind Quereinsteiger oder sogenannte „Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung“. Und auch um viele Schulgebäude steht es nicht besser – Sanierung und Neubau kommen nur schleppend voran.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin, Hildegard Bentele, fordert deshalb den Rücktritt von Schulsenatorin Scheeres: „Es wird nur noch notdürftig geflickt, wo dringender Reformbedarf besteht. So wird unser Berliner Bildungssystem immer weiter abgewirtschaftet.“

Mit Trillerpfeifen und Plakaten protestierte auch die Schüler



Union Berlin vor der Berliner Bildungsverwaltung gegen die Schulpolitik von Rot-Rot-Grün. „Wir lernen heute mit den Mitteln von gestern für die Welt von morgen, das macht uns als Schüler ziemlich traurig, denn es geht hier nicht um irgendetwas, es geht um unsere Zukunft“, erklärt der Vorsitzende der Berliner Schüler Union Endrik Schulze.

Um dem Lehrermangel in Berlin entgegenzuwirken, will

die CDU wieder gute Arbeitsbedingungen für Lehrer schaffen. So fordern die Christdemokraten, im Übrigen als einzige Partei, die Wiedereinführung der Verbeamtung von Lehrern, die es in allen anderen Bundesländern gibt. So gehen in Berlin jedes Jahr viele ausgebildete Lehrkräfte verloren. Auch in einer aktuellen Forsa-Umfrage spricht sich eine klare Mehrheit von 58 Prozent



der Berliner dafür aus, angesichts des Pädagogenmangels Lehrer auch in der Hauptstadt wieder zu verbeamteten. Nur 36 Prozent sind dagegen.

## Sollte man gesehen haben

Gern erwähnen wir auch Ihre besondere Online-Aktion. Schreiben Sie uns!



Kurz, knapp und auf den Punkt informiert jetzt die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus mit Videos unter dem Motto „Standpunkt Berlin“ über aktuelle Themen der Stadt.



In beeindruckenden Bildern hat die Facebook-Gruppe „I love Tegel“ eine Liebeserklärung an den gleichnamigen Ort ins Netz gestellt.



Mit ihren satirischen BERLIN-DIAGRAMMEN hat die Junge Union im Sommer die Senatsbaupolitik kritisiert.

# CDU im Gespräch mit Siemens

Der Technologiekonzern Siemens will bis zu 600 Millionen Euro in ein Innovationszentrum investieren. Dort sollen neben Büros, Forschungslaboren und Einrichtungen von Universitäten auch Wohnhäuser entstehen. Als Standort ist die traditionsreiche Siemensstadt in Spandau im Gespräch. Für Berlin wäre dieses Projekt nicht nur eine der größten Investitionen aus der freien Wirtschaft, sondern auch die einmalige Gelegenheit, sich zu einem Zentrum von zentralen Zukunftstechnologien zu entwickeln. „Wir wollen alles da-



ran setzen, damit Siemens dieses Projekt in Berlin umsetzen kann“, betonten der Fraktionsvorsitzen-

de der CDU im Abgeordnetenhaus Burkard Dregger, der wirtschafts-

Christian Gräff sowie die beiden Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jan-Marco Luczak und Kai Wegner im Gespräch mit Vertretern von Siemens. Deswegen müsse das Innovationszentrum zur Chefsache werden. Um die notwendige Infrastruktur für das Projekt zu schaffen, fordert die CDU Berlin außerdem, beim Bund Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu beantragen.

## Rot-Rot-Grün will Volksbegehren verhindern

Mehr als 25.000 Berlinerinnen und Berliner haben für das Volksbegehren für mehr Videoaufklärung an Kriminalitätsschwerpunkten unterschrieben, doch der rot-rot-grüne Senat will es mit allen Mitteln verhindern.

Ein halbes Jahr nach Beginn der rechtlichen Prüfung des Volksbegehrens für mehr Videoaufklärung und Datenschutz liegt jetzt das Ergebnis vor: in weiten Teilen unvereinbar mit der Verfassung von Berlin und dem Grundgesetz, so die Innenverwaltung von SPD-Senator Andreas Geisel. „Erwartungsgemäß hat die rechtliche Prüfung das vom Senat gewünschte Ergebnis gebracht“, kommentierte CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters.

Ziel des Volksbegehrens, das von den Polizeigewerkschaften unterstützt wird, ist der dauerhafte Einsatz von intelligenter Videoaufklärung an Kriminalitätsschwerpunkten Berlins. Laut Innenverwaltungginge dadurch

die Unbefangenheit verloren, weil man sich durch ein Gefühl der Überwachung eingeschüchtert fühlen könnte. Dazu sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger: „Das würde bedeuten, dass auch alle Kameras in Bussen und U-Bahnen verfassungswidrig wären.“



Nun muss das Berliner Verfassungsgericht entscheiden, ob das Volksbegehren zulässig ist.

Das könnte bis zu zwei Jahren dauern. Eine lange Zeit mit Blick auf die angespannte Sicherheitslage.



### Kein normales Klassentreffen

Es war ganz sicher kein normales Klassentreffen, auch wenn es viel Wiedersehensfreude gab. Die CDU Landesvorsitzende Monika Grütters hatte ehemalige Mandatsträger der CDU Berlin zu einem Treffen in das Schlossparktheater eingeladen. Die alten Geschichten gab es bei den Tischgesprächen - ganz aktuell waren hingegen die Themen in großer Runde mit der Landesvorsitzenden und Generalsekretär Evers.

**Reinickendorf**  
Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin, Tel.: 496 12 46  
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

**Spandau**  
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin  
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23  
Email: info@cdu-spandau.de  
Internet: www.cdu-spandau.de

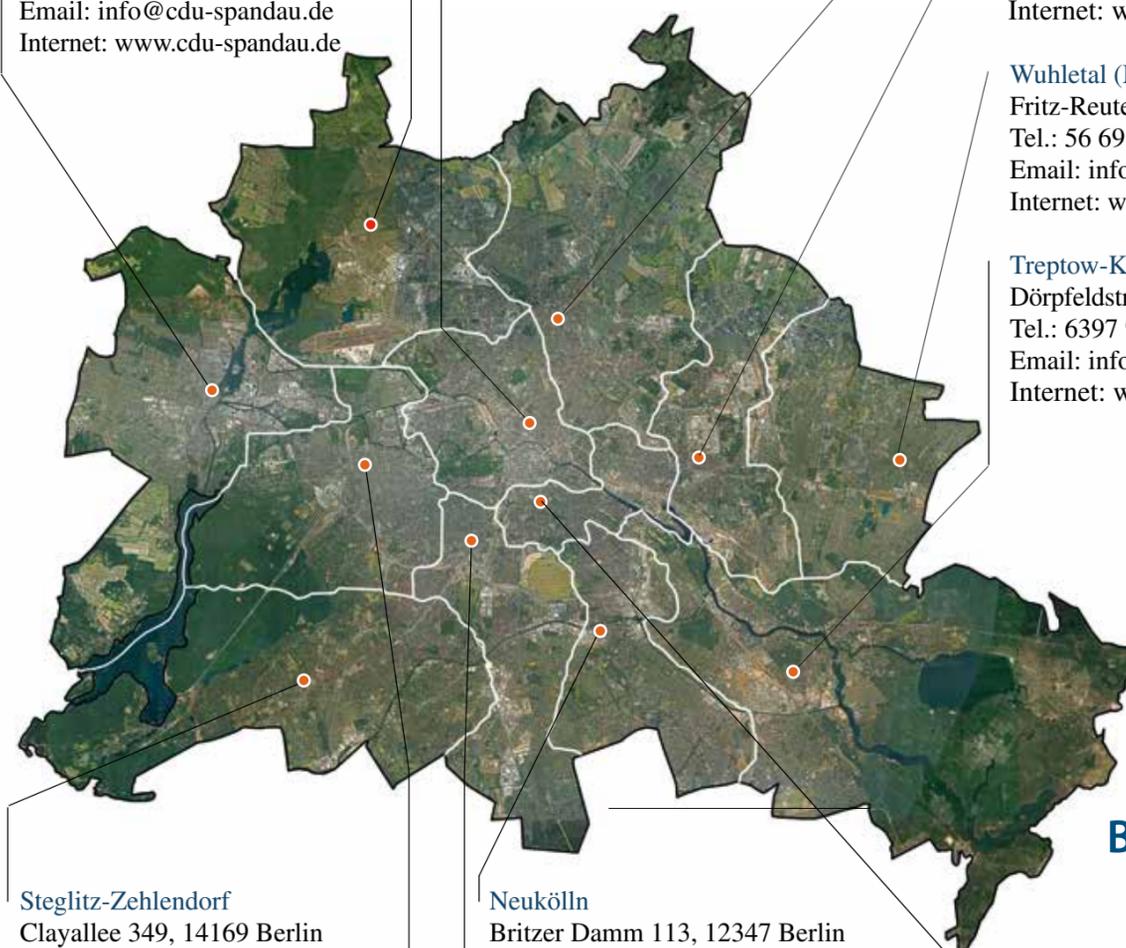
**Mitte**  
Triftstraße 41, 13353 Berlin  
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144  
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de  
Internet: www.cdumitte.de

**Pankow**  
Berliner Straße 38, 13189 Berlin  
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377  
Email: kgs@cdupankow.de  
Internet: www.cdupankow.de

**Lichtenberg**  
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin  
Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209  
Email: post@cdu-lichtenberg.de  
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

**Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)**  
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin  
Tel.: 56 69 74 54, Fax: 56 69 74 55  
Email: info@cduwuhletal.de  
Internet: www.cduwuhletal.de

**Treptow-Köpenick**  
Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin  
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872  
Email: info@cdu-tk.de  
Internet: www.cdu-tk.de



**Steglitz-Zehlendorf**  
Clayallee 349, 14169 Berlin  
Tel.: 8010 9410, Fax: 8010 94119  
Email: kontakt@cdusz.de  
Internet: www.cdusz.de

**Neukölln**  
Britzer Damm 113, 12347 Berlin  
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747  
Email: info@cdu-neukoelln.de  
Internet: www.cdu-neukoelln.de

**Charlottenburg-Wilmersdorf**  
Rathaus Charlottenburg, Raum 229, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin  
Tel.: 341 35 34  
Email: info@city-cdu.de  
Internet: www.city-cdu.de

**Tempelhof-Schöneberg**  
Kolonnenstraße 4, 10827 Berlin  
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74  
Email: info@cdu-ts.de  
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

**Friedrichshain-Kreuzberg**  
Markgrafestraße 87, 10969 Berlin  
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582  
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de  
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

## Die CDU in den Berliner Bezirken

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16  
REDAKTIONSLEITUNG: Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Janine Pietsch, Benno Mühler, Georg Gremse; Ada Streb; Satz/Bild: Stefan Liefänder; Druckerei Vettors;  
BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: istock@Ridifranz; Seite2: istock@hanohiki; Seite 3: Jung-Wolff; Seite 4: Liefänder, 2x D. Reitze, istock@danr; Seite 5: 2 Schatz, istock@Nikida; Seite 6-7: 2x Reitze, 3x Mühler, istock@Nikida, Grafiken CDU/easy.ly; Seite 8: 7x D. Reitze, Europäisches Haus Berlin; Seite 9: Reitze, wikipedia@Hemicycle-Diliff; Seite 10: Streb, Chaperon, Dahmer, Büro Bewig; Seite 11: istock@filipefrazao, Büro Dregger; Seite 12: Büro Gröhler, Büro Steffel, istock@amriphoto; Seite 14: 2x Reitze, Fraktion CDU Berlin; Seite 15: Grafik Liefänder mit googlemaps; Seite 16: the white house, Familie Kremer, Filusch, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben  
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

„Völker der Welt - schaut auf Berlin, wo eine Mauer fiel, ein Kontinent sich vereinigte und der Lauf der Geschichte bewies, dass keine Herausforderung zu groß ist für eine Welt, die zusammensteht.“

Barack Obama, 2008



## »28 Jahre - geteilt und vereint«

Vernissage der Fotoausstellung mit Prof. Monika Grütters am 28. September 2018 in der Landesgeschäftsstelle

Als im November 1989 durch eine friedliche Revolution



bruchs und Neubeginns sind fest in die Erinnerung aller Berlinerinnen und Berliner eingepägt.

28 Jahre später erinnert der Landesverband der CDU Berlin mit teilweise bislang unveröffentlichten Fotografien in der Ausstellung »28 Jahre – geteilt und vereint« an diese aufregende Zeit. Mit Prof. Monika Grütters und Dr. Sabine Bergmann-Pohl möchten wir mit Ihnen an die Jahre der

das Ende der Stadtteilung eingeläutet und in Folge die Berliner Mauer zerstückelt und abgetragen wurde, endete die Ära eines brutalen Regimes, das seine Bevölkerung 28 Jahre lang eingesperrt hatte. Die glücklichen Momente dieses Um-

Teilung und Wiedervereinigung Berlins zurückdenken und mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Die Bilder sind eine Reise in die geteilte Stadt bis zu den Tagen des Endes der Berliner Mauer, vom Freudentaumel zur neuen Normalität im Grenzverkehr. Die Ausstellung soll für das hohe Gut der Selbstverständlichkeit sensibilisieren, mit der wir heute in Berlin ohne Angst und Verfolgung leben können.

Die Vernissage findet am **Freitag, dem 28. September, um 18 Uhr** in der Landesgeschäftsstelle in der Kleiststraße 23 – 26 statt. Sie sind herzlich dazu eingeladen daran teilzunehmen! Um Anmeldung unter [anmeldung@cdu.berlin](mailto:anmeldung@cdu.berlin) oder 030 – 32 69 04 0 wird gebeten. Vielen Dank.



- Beteiligte Fotografen: Karina Filusch, Dr. Peter Fleischmann, Paul Glaser, Brigitte und Uwe Kremer, Joachim Krafzik, Fritz Niedergesäß und Gottfried Schenk.
- Anzahl der Bilder: 24 Fotografien
- Reproduktionen: gedruckt auf HP-Fotopapier im Format A2 und A1
- Zeitraum: 1989 bis 2014
- Ausstellungseröffnung: 28. September 2018
- Ausstellungskatalog: kostenlos erhältlich

## Grundsatzdebatte: „Allgemeine Dienstpflicht“

Mit ihrem Vorschlag, eine allgemeine Dienstpflicht für junge Menschen einzuführen, hat unsere neue Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer eine Grundsatzdebatte ausgelöst. Seit Wochen diskutiert die Republik darüber, ob es sinnvoll wäre, junge Menschen einen solchen Dienst in Bundeswehr oder sozialen

Bereichen leisten zu lassen: ein verpflichtender, gesellschaftlicher Beitrag zu unserem Land. Die Meinungen sind geteilt. Es geht um kein Zurück zur „Wehrpflicht“ oder zum „Zivildienst“. Die „allgemeine Dienstpflicht“ wird eines der Kernthemen des CDU-Bundesparteitags im Dezember sein.

Die CDU Berlin will deshalb



Bleibt alles freiwillig? Oder kommt die allgemeine Dienstpflicht?

im Vorfeld darüber ausführlich mit ihren Mitgliedern diskutieren. Am **Mittwochabend, den 31. Oktober**, laden wir Sie herzlich zu einem stark besetzten Podiumsgespräch in unsere Landes-

geschäftsstelle ein: Es diskutieren unser Fraktionsvorsitzender Burkard Dregger, der selbst eine Offiziersausbildung durchlief, Generalleutnant Markus Laubenthal, der für die Rekrutenausbildung zuständige Hauptabteilungsleiter Führung Streitkräfte im Bundesverteidigungsministerium sowie Prof. Dr. Ulrike Kostka, Vorsitzende des Berliner Caritas-Verbandes. Halten Sie sich diesen Termin fest im Kalender. In den nächsten Tagen erreicht Sie unsere Einladung.